

Die Welt im Krisenmodus – zur Einleitung

Matthias von Hellfeld

Die Welt ist an vielen Stellen aus den Fugen geraten. In den westlichen Demokratien sind rechtsextreme Parteien auf dem Vormarsch und versprechen einfache Lösungen für komplizierte Probleme. Bei den französischen Parlamentswahlen hat sich ein linkes Bündnis durchgesetzt, an dessen Spitze mit Jean-Luc Mélenchon ein Politiker steht, der antideutsche, antisemitische und antieuropäische Positionen vertritt. Die Mehrheit der französischen Wählerinnen und Wähler hat damit zwar dem Rechtsextremismus eine Absage erteilt, dafür aber eine kaum weniger problematische politische Gruppierung gewählt. Auch in Deutschland sind die extremen Ränder gestärkt worden, knapp ein Fünftel der unter 25-Jährigen tendiert zur AfD, was einem Plus von 11 Prozent gegenüber 2019 entspricht. Viele von ihnen werfen der aktuellen Regierung Unfähigkeit vor, die vielen Probleme bei der Digitalisierung, der Mobilität, der Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft und bei der Bewältigung der Klimakrise generell zu lösen. Diese Politikverdrossenheit treibt sie in die Arme derer, die die Krisen entweder leugnen oder eine »Lösung« auf Kosten von Sündenböcken – zum Beispiel Migranten – anstreben.

Die Attraktivität solcher Vermeidungsstrategien mag verständlich sein, führt man sich die schiere Zahl der Krisen vor Augen, die derzeit über die Menschen in Deutschland hereinbrechen. Das Klima schlägt weltweit bedrohliche Kapriolen und sorgt für katastrophale Wirbelstürme und Überschwemmungen. In Deutschland liegt die Infrastruktur am Boden, die Bundeswehr ist kaum verteidigungsfähig und die deutsche Wirtschaft, die eigentlich in eine grüne Zukunft transformiert werden soll, dümpelt entlang einer Rezession vor sich hin. In den vergangenen Jahrzehnten hat die Bundesrepublik von den Reserven gelebt, kaum Reformen durchgeführt und es an wesentlichen Stellen versäumt, das Land zukunftsfähig zu machen. Die Folge: Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit der Politik. Die hat sich freilich selbst in schweres Fahrwasser manövriert. Statt lediglich langfristige Rahmenbedingungen für

den grünen Transformationsprozess vorzugeben, verheddert sich die Bundesregierung im Kleinklein von Vorschriften. Fehler im Detail hinterlassen den fatalen Eindruck von Ahnungslosigkeit im Großen und Unfähigkeit bei der Umsetzung. Unmut und Frustration entstehen auch durch eine ausufernde Bürokratie, die mit ihrer Regulierungswut selbst Gutmeinende zur Verzweiflung treibt. All das ließe sich verhindern oder zumindest reduzieren, wenn sich Politikerinnen und Politiker nicht in immer kleinteiligeren Vorschriften verzetteln würden.

Und so stehen die Deutschen vor einem veritablen Reformstau, der enormen Druck auf Politik und Gesellschaft ausübt. Aber auch die Europäische Union ist derzeit kaum mehr als ein wirtschaftlicher Zusammenschluss, der bei vielen politischen Entscheidungen an der selbst auferlegten Fessel einstimmiger Entscheidungen scheitert. Zudem werden in nächster Nachbarschaft wieder Kriege geführt, mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht und unverhohlen die Vernichtung des Gegners angekündigt. Die Generationen, die nach 1945 geboren sind, stehen vor einer neuen Situation, die ihnen Angst macht. Diese Angst ist angesichts multipolarer Bedrohungen zwar nachvollziehbar, taugt aber nicht als Ratgeber. Die Verunsicherung vieler Menschen hat die demokratischen Gesellschaftsordnungen in Europa destabilisiert und einen Kreislauf in Gang gesetzt, der einer *self-fulfilling prophecy* ähnelt: Die Verunsicherung löst den Ruf nach schneller Abhilfe aus, die aber nicht kommen kann, weil es schnelle Lösungen nicht gibt. Und das wiederum fördert die Verunsicherung und die Wahl von Parteien am rechtsextremen Rand, die schnelle Lösungen zumindest versprechen.

Die destabilisierende Wirkung dieses Kreislaufs nimmt zu, je mehr Konflikte aufkommen. Auch in ihrer unmittelbaren Umgebung erfahren Menschen, dass offensichtlich nichts mehr funktioniert. Verspätete Züge, jahrelange Reparaturarbeiten an Autobahnknotenpunkten mit den entsprechenden Staus oder eine ausufernde Bürokratie bei der Verlängerung eines Ausweises gehören zum Alltag der Bundesbürger, lassen viele von ihnen verzweifeln und am System insgesamt zweifeln. Neben der maroden Infrastruktur, mangelhaften Bildungsangeboten, fehlender Digitalisierung und einem offenbar nicht hinreichend ausgerüsteten Militär sorgt die Migrationspolitik bei vielen Menschen für ein Gefühl, im Stich gelassen zu werden. Die Krisen überlagern sich

und verstärken einander, weil sie nicht gelöst werden. Man spricht dabei von einer »Polykrise«. Und die stellt das politische System der Bundesrepublik auf den Prüfstand. Es ist keineswegs ausgemacht, dass die Demokratie diese Prüfung bestehen wird. Rechtsextremisten und Populisten aller Schattierungen nehmen »das System« gezielt aufs Korn und locken die Menschen mit einfachen Lösungen für komplexe Probleme. Derzeit gehen die viele Menschen auf die Straßen und lassen ihrer Wut freien Lauf, einer Lösung kommen wir mit Beschimpfungen jedoch nicht näher. Aus einer gesellschaftlichen Verunsicherung ist mittlerweile eine existenzielle Krise geworden, die in ihrem Ausmaß einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik ist.

In der gegenwärtigen Polykrise sind viele Demokratien in schwere Fahrwasser geraten. Nach einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung sind die Demokratien weltweit auf dem Rückzug, während die Zahl der autokratisch regierten Staaten wächst. Und auch bei den Menschen, die noch in einer vollwertigen Demokratie leben, nimmt die Akzeptanz dieser Staatsform ab. Die Zustimmung zu demokratischen Einrichtungen und Institutionen geht seit Jahrzehnten zurück und viele Menschen haben das Vertrauen in die Fairness freier Wahlen verloren. An die Stelle von Demokratien treten vielfach Autokratien, in denen die Macht auf eine Person konzentriert, Legislative und Judikative geschwächt und oppositionelle Politiker und Parteien behindert oder verboten werden. Die wachsende Zahl autokratischer Regierungen verläuft offenbar parallel zu den vielen Krisen. Diese zu bewältigen, wäre also gleichzeitig ein Schutz der liberalen Demokratien.

Viele Menschen in den westlichen Demokratien leben in einem gefährlichen Schwebezustand zwischen totaler Verweigerung jedweder Reform und dem zornigen Ruf nach mehr Tempo von Reformen. Ein Ausgangspunkt auf dem Weg zur gegenwärtigen Polykrise war die Pleite der New Yorker Investmentbank Lehman Brothers im Jahre 2008. Kurz nach dem Lehman-Crash brachen weltweit Finanzgeschäfte zusammen. Von einem auf den anderen Tag standen Banken, Versicherungen und Immobilienfirmen vor dem Bankrott, der vielfach nur durch staatliche Unterstützung verhindert werden konnte. Kaum war dieser Schock verdaut, folgten in rascher Abfolge der arabische Frühling (2010), die Annexion der Krim durch die Russische Föderation (2014), die Flüchtlingskrise in Europa (2015), der vermutlich von russischen Hackern mit

initiierte Brexit (2016), die Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der USA (2017), die COVID-19-Pandemie (2020), die russische Invasion in die Ukraine (2022) sowie der Hamas-Überfall auf Israel mit dem anschließenden Krieg im Gaza-Streifen (2023) und einem direkten Raketenangriff des Iran auf Israel (2024), der Wiederwahl Trumps zum 47. US-Präsidenten (2024) und dem zeitgleichen Aus der Ampel-Regierung in Deutschland. Die Welt befindet sich in einer sich zuspitzenden Dauerkrise, die Wohlstand vernichtet, Regierungen und Gesellschaften ins Wanken bringt. Und die nächsten Krisen drohen schon: auf der koreanischen Halbinsel oder mit der chinesischen Absicht, Taiwan zu annexieren. Über allem schweben die Klimakrise und der Versuch, mit Gewalt und Drohungen eine neue Weltordnung zu etablieren, die die bisherigen Kräfteverhältnisse auf den Kopf stellen würde.

Krisen erfolgreich bekämpfen

Wir werden die wesentlichen Krisenherde der Welt unter die Lupe nehmen, ihre Ursachen benennen, die sich daraus ergebenden Gefahren einordnen und nach Auswegen aus der Misere suchen. Was wird aus der Ukraine und wie könnte dieser Krieg ohne Gesichtsverlust für beide Seiten beendet werden? Warum unterstützt – wenn auch öffentlich in Abrede gestellt – China den russischen Angriff auf die Ukraine? Wie kann in den Vereinigten Staaten von Amerika die gesellschaftliche Spaltung überwunden werden? Wohin treiben die USA nach den Wahlen im November 2024? Wie kann sich die Europäische Union aus der Handlungsunfähigkeit befreien, die das Einstimmigkeitsprinzip den Mitgliedsstaaten beschert? Welchen Weg sollte die Bundesrepublik Deutschland einschlagen, um aus dem milliardenschweren Reformstau herauszukommen und das Land zukunftsfähig zu machen?

Diese Krisen sorgen weltweit für Bestürzung. Schon die Hintergründe und Verläufe der einzelnen Krisen sind oft schwer zu durchschauen, umso mehr die Polykrise insgesamt. Und ein Ausweg scheint nicht in Sicht. Manchmal hilft ein Blick zurück, um einen Weg nach vorn zu finden. Vielleicht können wir ja aus bisherigen Krisenbewältigungen etwas lernen? Wie zum Beispiel beim Ozonloch: Durch den jahrzehntelangen Ausstoß von FCKW und anderen Schad-

stoffen hatte sich seit den 1980er Jahren über der Antarktis die Ozonschicht der Erdatmosphäre auf einer immer größeren Fläche stark ausgedünnt. Wissenschaftler schlugen Alarm, weil ohne die schützende Ozonschicht das Hautkrebsrisiko um ein Vielfaches steigen und verschiedene Ökosysteme schweren Schaden erleiden würden. Teile Australiens und Neuseeland waren von den Folgen besonders betroffen. Im Montrealer Protokoll, das 1987 nahezu alle UN-Mitgliedsstaaten unterzeichneten, wurde das schädliche FCKW und andere ozonschädigenden Substanzen stufenweise verboten. Seitdem haben sich die Werte so sehr verbessert, dass das Ozonloch in den letzten zwei Jahrzehnten beständig zurückgegangen ist. Ähnlich erfolgreich, wenn auch relativ langsam, ist die Stromerzeugung durch erneuerbare Energie: 2023 betrug ihr Anteil an der gesamten Stromproduktion in Deutschland knapp 60 Prozent – ein vor wenigen Jahren noch unvorstellbar hoher Wert.

Polykrise mit langem Vorlauf

Viele Menschen in Deutschland und Europa empfinden die Gegenwart als eine rasche Aneinanderreihung von Worst-Case-Szenarien. Jedes einzelne für sich genommen ist bereits äußerst bedrohlich, die Gleichzeitigkeit der Ereignisse mit hoher Brisanz für Wohlstand und Frieden aber führt Demokratie und Parlamentarismus an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit, weil sie eine simultane Bewältigung erfordert und die Regierungen vor komplexe und schwierige politische Entscheidungen stellt. Eine Polykrise, wie wir sie momentan erleben, hat viele unterschiedliche Dimensionen: soziale, politische oder ökologische. Einzelne Krisen stehen in einer unmittelbaren Wechselwirkung zueinander und schließen deshalb schnelle Lösungen aus, die oft zwar helfen würden, die eine Krise zu bekämpfen, eine andere dafür aber verschleunigen. Um beispielsweise den dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, müssen Flächen gerodet und versiegelt werden. Das aber widerspricht den Notwendigkeiten des Naturschutzes und der Maßnahmen gegen die Klimawandel. Hätten nicht die meisten Städte und Gemeinden ihren Bestand an Sozialwohnungen zur Sanierung ihrer Haushalte vor Jahren verkauft, bestünde das Problem des Mangels an günstigen Wohnungen in den Ballungszentren nicht.

Die Polykrise macht diffuse und reale Angst. Die vielen Probleme, die sich gleichzeitig auftürmen, erzeugen eine schwer greifbare Angst vor den Konsequenzen der Krisen. Real werden diese Ängste, wenn man selbst von den Auswirkungen betroffen ist und seine eigene Ohnmacht einsehen muss – beispielsweise in der Klimakrise. Der Klimawandel findet auf der ganzen Welt statt. Die Veränderungen, die er auslöst, sind nicht sofort erkennbar. Eine Wanderung durch die Alpen ist nach wie vor eine faszinierende Erfahrung, aber gleichzeitig sehen wir das Schmelzen der Gletscher in den Bergen und das Ansteigen der Flüsse in den Tälern. Das ist das sichtbare Ende einer komplexen Verkettung von Wirkmächten, die an unterschiedlichen Orten mit unterschiedlicher Intensität und schon vor langer Zeit stattgefunden haben. Um zu begreifen, warum die Gletscher schmelzen, müssten wir die enorme Industrialisierung des Erdballs, das Wachstum der Weltbevölkerung von etwas mehr als zweieinhalb Milliarden im Jahr 1950 auf knapp acht Milliarden 2020, den stark gestiegenen Verbrauch fossiler Brennstoffe, das Abholzen des brasiliianischen Regenwaldes und das unter anderem damit verbundene Schrumpfen der Artenvielfalt berücksichtigen. Wenn man nur das tropfende Wasser der schmelzenden Eismassen betrachtet, kann man die verschiedenen Ursachen und die mit ihnen zusammenhängende komplexe Verkettung von Wirkungsweisen nicht erkennen. Und doch müssten sie alle gestoppt werden, wollte man das Schmelzen der Gletscher beenden.

Das komplexe Zusammenspiel verschiedener Ursachen, das etwa den Gletscher zum Schmelzen bringt, scheint wie von einem Perpetuum mobile angetrieben zu sein. Der Berg an Problemen und Krisen wird immer größer, weil die sich gegenseitig bedingenden Ursachen unterschiedlicher Krisen nicht bekämpft oder – im besten Fall – beseitigt werden. Das liegt nicht zuletzt daran, dass mitunter schon vor Jahrzehnten falsche Entscheidungen getroffen wurden. Als Beispiel mag ein Auftritt des Bundeskanzlers Helmut Kohl aus dem Jahr 1993 dienen, der in einer RTL-Sendung den Ausbau von »Datenautobahnen« mit der Sanierung herkömmlicher Autobahnen verwechselte und damit Sinn und Dringlichkeit einer digitalen Infrastruktur verkannte. Ein Versäumnis, dessen Gewicht Jahr für Jahr zunahm und das nun, mehr als 30 Jahre später, nicht nur der deutschen Industrie mit aller Wucht auf die Füße fällt. Die Entscheidung, nicht in den Ausbau der digitalen Infrastruktur zu investieren, liegt lange zurück. Gerade dies sorgt nun dafür, dass die Probleme heute

weder schnell noch einfach bekämpft werden können. Die hinausgezögerten Reformen kosten uns nun viel mehr Geld, belasten daher die Gesellschaft zunehmend und sind zu allen Überfluss geeignet, Verschwörungserzählungen hervorzubringen.

Destabilisierung durch Verschwörungserzählungen

Als während der Corona-Krise massive Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens staatlich verordnet wurden, sahen viele »Corona-Leugner« den »Deep State« am Werk. Verborgene Herrschaftsstrukturen hätten innerhalb des Staates die Macht übernommen oder würden zumindest indirekt das Regierungshandeln lenken. Viele Menschen zeigten auf Demonstrationen das Logo von »QAnon«, einer rechtsextremen Verschwörungserzählung aus den USA, wonach satanische Eliten entführte Kinder gefangen hielten und sie ermordeten, um deren Blut zu trinken.

Auch als am 6. Januar 2021 eine aufgebrachte Menge das Kapitol in Washington stürmte, ging es gegen den »Deep State«, der angeblich Donald Trump den Wahlsieg durch Manipulation der Stimmabstzählung gestohlen hätte. Die Polykrise ist der ideale Nährboden für diese und andere Verschwörungserzählungen – nicht nur in den USA:

- » Heimlicher Souverän in Deutschland ist eine kleine, machtvolle politische Oligarchie, die sich in den bestehenden politischen Parteien ausgebildet hat. (...) Es hat sich eine politische Klasse herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Diese Oligarchie hat die Schalthebel der staatlichen Macht, der politischen Bildung und des informationellen und medialen Einflusses auf die Bevölkerung in Händen.

So steht es im Wahlprogramm der Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) zur Bundestagswahl 2017. Mit diesem Geraune von dunklen Mächten haben die deutschen Rechtsextremisten im ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán einen Mitstreiter, der schon lange das Narrativ des »plündernden Großkapitals« verbreitet: »Die Bankiers, die gierigen Multis, die Brüsseler Bürokraten, die in ihrem Sold stehen, und natürlich ihre Lakaien marschieren

hier im Land gegen Ungarn auf – im Auftrag des internationalen Großkapi-tals.« Dieses Zitat stammt aus einer Ende September 2013 gehaltenen Rede, in der Orbán die Unterwanderungsverschwörung mit uralten antisemitischen Anspielungen auf »gierige« Multis und das »internationale« Großkapital verbindet.

Derartige Entgleisungen passten auch in die Flüchtlingskrise, die wenig später die Europäische Union vor eine Zerreißprobe stellte. Tausende Menschen hatten sich in maroden Schlauchbooten auf den lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer gemacht oder die nicht minder gefährliche Balkanroute eingeschlagen. Viele von ihnen lebten am Rande der Route in provisorischen Unterkünften, andere kamen bis nach Ungarn, wo sie im Budapester Bahnhof von der Polizei festgesetzt wurden. Angesichts der Flüchtlingstrecken, die sich entlang der Autobahnen zu Fuß Richtung Norden bewegten, ließ Bundeskanzlerin Angela Merkel die deutschen Grenzen für diese Flüchtlinge öffnen. Anschließend kam es zu ihrem legendären Ausspruch »Wir schaffen das«. Dieser Satz gilt als ein wesentlicher Grund für den Erfolg der AfD, die 2015 heillos zerstritten und nahezu bedeutungslos war. Der Kampf gegen die Flüchtlinge, die unkontrolliert ins Land kamen, war der wichtigste Nährboden für die AfD in den folgenden Jahren.

Krise durch Panikmache

Ungeachtet des humanitären Aspekts der Entscheidung, wurde Merkels Satz im rechten und rechtsextremen Lager in allen europäischen Ländern aggressiv ausgeschlachtet. Alexander Gauland (AfD), Marine Le Pen (RN), David Cameron (damals brit. Premierminister), Björn Höcke (AfD), Donald Trump (Rep.), Geert Wilders (VVD), Nigel Farage (damals UKIP) und Heinz-Christian Strache (FPÖ) orchestrierten die Entscheidung der Bundeskanzlerin und die dann folgende Flüchtlingspolitik mit einem Dreiklang des Destabilisierens: Katastro-phe, Untergang und Rettung durch ihre ausländerfeindliche Politik.

Am Anfang der rechten Rhetorik steht die Katastrophe: »Es ist eine Politik der menschlichen Überflutung« (Gauland), »Gigantische Migrantenwellen,

die ankommen und ankommen werden« (Le Pen), »Da kommt ein Menschen-schwarm übers Mittelmeer« (Cameron), »Dieser unsägliche Asyl-Orkan, der über Europa hinwegfegt« (Höcke). Es folgt der Untergang des Westens: »Die Zeit wird knapp für den Westen« (Wilders), »Dann befürchte ich sogar das Abgleiten des Landes in den Bürgerkrieg« (Höcke), »Und nicht zu Unrecht werden in diesen Tagen die Bilder vom Untergang des weströmischen Reichs aufgerufen, als die Barbarenstämme den Limes überrannten« (Gauland), »Das gibt ein Desaster« (Farrage), »Das ist eine feindliche Landnahme« (Strache), »Frankreich wurde verletzbar gemacht, es muss sich wieder bewaffnen« (Le Pen), »Wir befinden uns tatsächlich im Krieg, nur Dumme können das abstreiten« (Wilders), »Wir brauchen eine Festung Europa« (Strache), »Ich brau-che eine Bundeswehr, die an der Grenze steht und diese Leute abhält« (Gau-land). Nach diesen Horrorszenarien kommt die Rettung: »Wir werden dem amerikanischen Volk mit der Wahrheit dienen und nichts anderem« (Trump), »Die Menschen müssen die Wahrheit über den Islam erfahren« (Wilders), »Ich habe Hoffnung, dass wir gemeinsam unser Heimatland und Europa vor dem Untergang retten werden« (Strache).

Es war eine Mischung aus Unsinn, Panikmache und Fremdenfeindlichkeit, mit der Politiker von AfD, dem französischen Rassemblement National (RN), der konservativen Partei Englands und die extremeren Brexiteers, der Republikani-schen Partei der USA, der niederländischen Partei für die Freiheit (VVD) und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) versuchten, den Kontinent derart zu destabilisieren, dass politische Systeme zerbrechen und ihre Bevölkerun-gen in einen Bürgerkrieg gegen Flüchtlinge oder sich selbst geraten. Die Stra-tegie ist so einfach wie alt: Im vollständigen Chaos stellen sich diese Kräfte als Retter dar und versprechen radikale Problemlösungen, wenn sie erst das Ruder übernommen haben.

Rechtsruck in der Krise

Spätestens seit den Wahlen zum EU-Parlament 2024 ist der Rechtsruck in Eu-ropa unübersehbar. Mit wenigen Ausnahmen haben rechtsextreme Parteien überall in Europa Stimmen gewonnen und stellen den Anspruch, im Europäi-

schen Parlament und den Gremien der EU mitzuentscheiden. Auch in den Mitgliedsländern nimmt ihr Einfluss zu: In Italien regiert die rechtsextreme Lega Nord mit den postfaschistischen Fratelli d’Italia. In der Slowakei amtiert mit Robert Fico ein Mann, der nicht nur russlandfreundlich ist, sondern einen Zusammenhang sieht »zwischen Terror, sexuellen Übergriffen und der Zahl der Flüchtlinge in einem Land.« Ungarns Regierungschef Viktor Orbán hat die Demokratie in seinem Land systematisch ausgeöhölt und macht aus seiner Ablehnung der europäischen Flüchtlingspolitik kein Hehl, die norwegischen Rechtspopulisten der »Fortschrittspartei« sind nicht nur in der Regierung, sondern agitieren seit Jahren gegen Zuwanderer und Muslime. Ähnliches gilt für die dänische Fortschrittspartei, während die neonazistischen »Schwedende-mokraten« in der Opposition sind. Die »Wahren Finnen« hingegen regieren gemeinsam mit den Konservativen. In den Niederlanden hat die »Partei für die Freiheit« von Geert Wilders die Wahl gewonnen. In Österreich ist die FPÖ seit vielen Jahren ein stabiler politischer Faktor, die englische Regierung war seit dem Brexit von radikalen Kräften der rechtskonservativen Tories getrieben, die erst 2024 abgewählt wurden, in Frankreich hat Marine Le Pen gute Aussichten im Rennen um die Präsidentschaft. In den USA schließlich ist Donald Trump wiedergewählt worden.

Europa und die USA sind angesichts der Polykrise nach rechts gerückt und verspielen dabei jene Werte, die der Westen als Konsequenz aus Zweitem Weltkrieg und Holocaust gezogen hat: Das Eintreten für Liberalismus, Freiheit, Demokratie und die universelle Gültigkeit der Menschenrechte. Es sind aber nicht nur die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien, die das politische Leben in Deutschland und anderen Staaten der EU durcheinander bringen. Dadurch, dass die traditionellen Parteien AfD und Co. als nicht koalitionsfähig eingestuft haben, wird die Suche nach stabilen Regierungsmehrheiten schwer bis unmöglich werden. Regierungen aus vielen unterschiedlichen Partnern sind instabil und wirken als Brandbeschleuniger. Während die traditionellen Parteien auch in unmöglichen Konstellationen Verantwortung übernehmen, können die extremen Parteien aus ihrer Nörgelecke heraus bequem zündeln, ohne jedoch Leistungsnachweise erbringen zu müssen.